

Liebe Leserin, lieber Leser,

vor zwei Wochen ist die Otfried-Preußler-Schule mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichnet worden. In der Begründung wurde unter anderem die gute Inklusionsarbeit an der OPS angeführt. Doch gerade diese Arbeit steht nun in Frage, sodass wir uns der Sache angenommen haben.

Eine interessante Lektüre und erholsame Herbstferien wünscht
Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Pool-Modell für Schulasstistenzen

Die Freude am 23. September war groß – auch bei uns –, als die Otfried-Preußler-Schule mit dem Deutschen Schulpreis 2020 ausgezeichnet wurde. Am innovativen Schulkonzept der OPS hatte die Jury besonders die inklusive Praxis hervorgehoben. In vielen Klassen lernen alle Kinder gemeinsam, was vor allem dank eines Pools von Schulasstistenzen möglich ist. Dadurch können Kinder mit Behinderungen durchgängig im Schulalltag begleitet werden, da der Pool die flexible Zuweisung der Schulasstistent*innen ermöglicht.

Was im vergangenen Jahr allerdings noch gut funktionierte, ist seit dem letzten Schulhalbjahr jedoch ausgesetzt. Die Schulasstistenzen aus dem Bereich der Jugendhilfe sind abgezogen worden, das Pool-Modell damit Vergangenheit – vorerst. In einem [Dringlichkeitsantrag](#) haben wir gemeinsam mit unseren Partnern von Grünen und FDP sowie der CDU die umgehende Rückkehr zum Pool-Modell für Schulasstistenzen an der Otfried-Preußler-Schule gefordert. Zudem haben wir die Verwaltung beauftragt, die Einführung dieses Modells an weiteren Schulen vorzubereiten. Der Dringlichkeitsantrag ist gestern (am 8. Oktober) im Verwaltungsausschuss beschlossen worden.

Steffen Krach als Kandidat für die Regionspräsidentenschaft zu Gast in der Fraktion

In der vergangenen Woche ist Steffen Krach vom Vorstand unseres Unterbezirks als Kandidat für das Amt des Regionspräsidenten nominiert und der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Am Dienstag (06.10.) bereits besuchte Steffen, der die Nachfolge von Hauke Jagau antreten soll, unsere Fraktion.

Der 41-Jährige, der – wie seine Frau – aus Hannover stammt und derzeit Staatssekretär für Wissenschaft beim Senat von Berlin ist, benannte Mobilität und Gesundheit als seine zentralen Themen für die Region. Die Corona-Pandemie habe gezeigt, so Steffen Krach, wie wichtig ein funktionierendes Gesundheitswesen sei. Deshalb sei die Finanzierung der Krankenhäuser ebenso sicherzustellen, wie ernsthafte Überlegungen zum Erhalt von Kliniken in der Fläche angestellt werden müssten.

Dem Thema Mobilität komme in der Region höchste Aufmerksamkeit zu. Dabei sei neben den Belangen der Landeshauptstadt die vernünftige Anbindung von strukturschwachen Bereichen im Umland zu berücksichtigen. Steffen Krach (rechts im Bild) begrüßte, dass unsere Fraktion mit verschiedenen Überlegungen zum künftigen Tarifsystem in die Diskussion über einen zukunftsfähigen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) einbringe.

Die Fraktion wünscht(e) ihm viel Erfolg bei seiner anstehenden Tour durch die vielen Parteilgliederungen der Region und sicherte Steffen ihre volle Unterstützung im Wahlkampf zu.



Aus dem Stadtentwicklungs- und Bauausschuss

Im Mittelpunkt der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses am Mittwoch (07.10.) stand die [Stellungnahme der Landeshauptstadt Hannover zum Nahverkehrsplan 2020](#) für die Region auf der Tagesordnung. Besonders wichtig ist der Stadt, dass die Barrierefreiheit im Stadtbahn- und Busnetz zügig vollständig herzustellen. In stark belasteten Bereichen möchte die Stadt die Streckenführungen von Buslinien überprüfen und gegebenenfalls ändern lassen, etwa in der Limmerstraße in Linden. Beides entspricht auch unseren Wünschen.

Gemeinsam mit unseren Partnern (Grüne und FDP) haben wir die Stellungnahme noch durch den [Appell an die Region](#) ergänzen lassen, die Attraktivität des ÖPNV durch ein komfortables, möglichst einfaches und barrierefreies Tarifsystem zu erhöhen. In diesem Zusammenhang soll nach unserem Wunsch auch über sogenannte 365-Euro-Tickets oder ein ticketloses System nachgedacht werden.

Weiterhin wünschen wir uns eine Verbesserung des Taktes auf der Buslinie 121 wie auch auf den Buslinien 340 und 341, um das Neubaugebiet am Kronsberg-Süd besser anzuschließen. Und weiterhin fordern wir, die Wasserstadt Limmer zügig an das Stadtbahnnetz anzuschließen.

Einstimmig beschlossen haben wir weiterhin den Auftrag an die Verwaltung, [mehr Fahrradabstellmöglichkeiten an Schulen](#) zu schaffen. Damit wollen wir mehr Kinder und Lehrkräfte dazu ermuntern, mit dem Rad zur Schule zu fahren.

Für mehr Verkehrssicherheit wird unser Antrag zur [Neuordnung des Gebietes östlich der Wilhelm-Göhrs-Straße](#) sorgen. Dort werden die Blaue Schule neugebaut und zugleich die Sportflächen des TSV Bemerode in Teilen saniert bzw. ebenfalls neu angelegt werden. Die Wilhelm-Göhrs-Straße mündet in die vielbefahrene Wülferoder Straße, auf der der Verkehr nach der Bebauung des südlichen Kronsberges noch zunehmen dürfte. Deshalb soll die Verwaltung durch geeignete Maßnahmen dafür sorgen, dass dieser Bereich so gestaltet wird, dass Kinder wie auch Sportler*innen sicher die

Bildungs- und Sportstätten dort erreichen. Dieser Antrag wird nach den Herbstferien abschließend beraten werden.

Beschlossen haben wir im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss schließlich verschiedene Bebauungsvorhaben, darunter den [Neubau eines Bürokomplexes an der Riethorst](#). Zwischen Riethorst und Podbielskistraße wird nun ein alter Bürogebäuderiegel abgerissen werden; an seiner Stelle werden drei moderne Bürohäuser entstehen, die sich äußerlich besser an die umliegende Bebauung anpassen und im Inneren neuen Anforderungen des Bürobetriebs, etwa Co-Working-Spaces, gerecht werden.

Aus dem Umweltausschuss

Im Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen haben wir bereits am 28. September zwei unserer Anträge beschlossen, die einerseits das Stadtklima verbessern und andererseits das Naturerlebnis in der Eilenriede verstärken sollen.

So fordern wir zum einen die Verwaltung auf, ein [Modellprojekt für Grünfassaden](#) in der Innenstadt zu entwickeln und umzusetzen. Fassaden, die nahezu vollständig mit Grünpflanzen versehen sind, gibt es bereits in verschiedenen Städten, etwa in Wien oder in Mannheim. Nun möchten wir auch in Hannover ein solches Projekt umsetzen, da diese Grünfassaden das Mikroklima in hochverdichteten Bereichen deutlich verbessern und gerade in aufgeheizten Straßen die Temperaturen erheblich senken können.

Den [Naturerlebnisraum unseres Stadtwaldes](#), der Eilenriede, wollen wir noch attraktiver machen. Hierfür soll die Verwaltung ein Konzept entwickeln, das unter anderem die Möglichkeit eines Baumwipfelpfades vorsieht. Derartige Baumwipfelpfade gibt es in verschiedenen Forsten Deutschlands, etwa in Bad Harzburg. Sie ermöglichen einerseits intensive, neuartige Einblicke in Flora und Fauna eines Waldes und erweisen sich andererseits als starke Tourismusmagnete. Insofern könnte ein Baumwipfelpfad auch einen zusätzlichen Anziehungspunkt für eine europäische Kulturhauptstadt in fünf Jahren bilden.

Aus dem Internationalen Ausschuss

Bereits in der vergangenen Woche tagte der Internationale Ausschuss. Beschlossen haben wir dort am 1. Oktober unter anderem die Ausschüttung von 135.000 Euro aus dem Gesellschaftsfonds Zusammenleben (GFZ) an 13 Projekte. Der Ideenwettbewerb für den GFZ, der dreizehnte seiner Art, stand in diesem Jahr unter dem Motto „[Mach mit! Junge Menschen gestalten Integration in Hannover](#)“. Die prämierten Projekte sind allesamt aus der Jugendbeteiligung im Bereich Integration hervorgegangen und umfassen eine Spannweite, die von der Arbeitswelt Jugendlicher bis zu aktuellen Bewegungen wie „Black lives matter“ reichen. Gemeinsam ist ihnen, dass Jugendliche gemeinsam Demokratie erproben, leben und damit zur aktiven Beteiligung am gesellschaftlichen Zusammenleben ermuntern und befähigen.

Ein wichtiges Zeichen gegen Diskriminierung setzt der [Antrag „Antisemitischen Hassbotschaften entschlossen entgegentreten“](#), den wir gestern (am 08.10.) im Internationalen Ausschuss beschlossen haben. Gemeinsam mit der Gruppe Linke & Piraten, die diesen Antrag initiiert hatte, sowie unseren Partnern von Grünen und FDP verurteilen wir die Relativierung des Holocaust dadurch, dass Impfgegner*innen bei sogenannten „Hygiene-Demonstrationen“ einen gelben Stern tragen, wie ihn Menschen jüdischen Glaubens während der Nazidiktatur tragen mussten. Zugleich fordern wir die Polizeidirektion Hannover auf, zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen das Tragen eines gelben Sterns verboten werden kann. Prüfen soll die Polizei außerdem, wie die Verbreitung antisemitischer Hassbotschaften bei solchen Demonstrationen und ähnlichen Veranstaltungen in Hannover geahndet werden kann.

Herbstferien

Die nächsten beiden Wochen sind Herbstferien. Während dieser Zeit finden keine Fraktions- und Ausschusssitzungen statt; eine Ausnahme bildet der Verwaltungsausschuss am 22. Oktober.

In dieser Zeit ist unsere Fraktionsgeschäftsstelle nicht vollständig besetzt: Sollten unsere Referent*innen nicht sofort zu erreichen sein, bitten wir hierfür um Verständnis.

Unser nächster Newsletter wird voraussichtlich am 30. Oktober erscheinen.

Eine Stadt für alle.

Impressum

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P.: Dr. Marc-Dietrich Ohse, Lars Kelich.

spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de,

Facebook: <https://www.facebook.com/SPDRatsfraktionHannover>, Instagram: <https://www.instagram.com/spdrathannover/>, Twitter: <https://twitter.com/spdrathannover/>